

Pressemeldung Freie Wähler Kreisverband Main-Kinzig

03.12.2017

Haushaltsberatungen Bahnstreckenausbau Fulda-Frankfurt

Die Freien Wähler Main-Kinzig wollen 250.000,00 Euro in den Kreishaushalt 2018 einstellen. 250.000,00 Euro für Planungs- und Anwaltskosten die im Zusammenhang mit dem Ausbau der Bahntrasse Frankfurt – Fulda entstehen könnten.

Die bisherigen Dialogforen und Infoveranstaltungen der Deutschen Bahn AG haben gezeigt, dass die Bahn an einem Ausgleich mit der Politik und den Bürgern vor Ort sowie an konstruktiven Lösungen den Streckenausbau betreffend nicht interessiert ist, so die Feststellung der Freien Wähler Main-Kinzig.

Die Freien Wähler Main-Kinzig haben sich nie gegen einen Streckenausbau gestellt, halten diesen für Gesamtdeutschland wie auch für die Bürger im Main-Kinzig-Kreis für dringend erforderlich. Wovon jedoch ganz Deutschland und auch europäische Anrainerstaaten und deren Wirtschaften profitieren, dürfe nicht zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger entlang der Ausbau- und Bestandsstrecke gehen, so Carsten Kauck deutlich.

Keine der von der Deutschen Bahn AG vorgestellten sieben Varianten durch den Kreis erweisen sich aus Sicht der Freien Wähler bisher als durchführbar. Am Ende des Tages blieben bei allen sieben Varianten eine erhebliche Zahl von offenen Fragen.

Am meisten irritiert die Freien Wähler, dass bei keiner dieser Varianten die Belastungen für das Schutzgut „Mensch“ von der Bahn geprüft und eingeordnet wurde. Enttäuscht von der Bahn zeigen sich die Freien Wähler in Punkto Offenheit.

So beharre die Bahn auch weiterhin darauf, dass nur ihre sieben Varianten diskutiert und geprüft werden. Dies konnte der FW-Kreistagsabgeordnete Herbert Bien zuletzt auf einer Veranstaltung im Joßgrund erneut erleben. Die Bahn weigert sich beharrlich die von Seiten der Bürgerinitiativen ins Spiel gebrachte und von der Kreispolitik unterstützte Tunnellösung, die sogenannte Variante VIII, ernsthaft zu prüfen und in ihre Überlegungen als vollwertige Alternative miteinzubeziehen, so Heinz Breitenbach.

Für die Freien Wähler ist hier deutlich erkennbar, dass die Deutsche Bahn AG ihre Planungen nur mit Blick auf möglichst geringe Baukosten betreibt. Die Menschen entlang der Strecke sind im Spiel der Bahn keine Planungsgröße, so Carsten Kauck weiter.

Dass der Eigentümer der Bahn, der Bund, oder die Deutsche Bahn AG selbst hier ihre derzeitige starre Haltung ändern wird, vermögen die Freien Wähler Main-Kinzig nicht zu erkennen.

Es sei bedauerlich, aber mit der derzeitigen starren, wenig transparenten Haltung der Bahn steuere auch dieses Projekt wieder dahin wo bisher viele Projekte der Bahn gelandet sind – vor deutschen Gerichten.

Wir können und dürfen in dieser Angelegenheit die Menschen vor Ort nicht alleine lassen, so Heinz Breitenbach. Keine Interessengemeinschaft und schon gar kein einzelner Bürger könne hier alleine gegen die Deutsche Bahn AG antreten, so Breitenbach weiter.

Hier sei der Kreis gefordert und stehe in der Verantwortung seine Bürger zu schützen und sich für deren Wohlergehen einzusetzen. Um die erforderlichen unabhängigen Planer, Gutachter aber auch Rechtsanwälte in absehbarer Zeit mit Alternativplanungen beauftragen zu können, benötige man entsprechende finanzielle Mittel.

Damit der Main-Kinzig-Kreis sofort nach Bekanntwerden der von der Deutschen Bahn AG favorisierten Trassenvariante tätig werden kann, beantragen die Freien Wähler Main-Kinzig im Rahmen der derzeit laufenden Beratungen des Kreishaushaltes 2018 die Einstellung von 250.000,00 Euro für derartige Maßnahmen. Ein entsprechender Antrag sei dem Kreistagsvorsitzenden durch die Fraktionsgeschäftsstelle am Wochenende zugeleitet worden.